

Volltext zu MIR Dok.: 046-2010
Veröffentlicht in: MIR 03/2010
Gericht: OLG Koblenz
Aktenzeichen: 9 U 1283/09
Entscheidungsdatum: 08.03.2010
Vorinstanz(en): LG Mainz, Az. 12 HK O 45/09

Permanenter Link zum Dokument: http://medien-internet-und-recht.de/volltext.php?mir_dok_id=2145

medien-internet-und-recht.de

ISSN: 1861-9754

MEDIEN INTERNET und RECHT und alle in der Publikation/Zeitschrift enthaltenden Inhalte, Beiträge, Abbildungen und Veröffentlichungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Verlagsrechte erstrecken sich auch auf die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, die urheberrechtlichen Schutz genießen, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung/Redaktion redigiert bzw. erarbeitet sind. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Nutzungs-/Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Diese Rechtsübertragung bezieht sich insbesondere auf das Recht des Verlages, das Werk zu gewerblichen Zwecken per Kopie (Mikrofilm, Fotokopie, CD-ROM, Dateikopien oder andere Verfahren in Online- und Printmedien etc.) zu vervielfältigen und/oder in elektronische oder andere Datenbanken aufzunehmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Mit Namen (Autor/Gericht/Quelle) gekennzeichnete Beiträge stellen ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Inhaltliche oder redaktionelle Fehler vorbehalten.

OBERLANDESGERICHT KOBLENZ

Beschluss

in dem Verfahren auf Erlasse einer einstweiligen Verfügung

wegen wettbewerbsrechtlicher Auseinandersetzung

Der 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Koblenz hat durch ...

am 8. März 2010

beschlossen:

Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Verfügungsbeklagte.

Der Streitwert für das Berufungsverfahren wird auf 10.000 € festgesetzt.

Gründe

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 a Abs. 1 ZPO. Der Verfügungsbeklagte wäre ohne die Erledigungserklärung voraussichtlich in vollem Umfang unterlegen gewesen.

Der Verfügungsanspruch beruht auf §§ 8 Abs. 1, 4 Nr. 11 UWG. Die beanstandeten Klauseln sind unrichtige Belehrungen über das Widerrufsrecht des Kunden. Ihre Verwendung stellt einen Verstoß gegen eine Marktverhaltensregelung im Sinne des § 4 Nr. 11 UWG dar (KG-GRUR-RR 2008, 308; OLG Hamm, OLGR 2009, 810).

Hinsichtlich der Klausel, die die Verpflichtung zum Wertersatz regelt, kann die Vereinbarkeit mit europäischem Recht offenbleiben (vgl. hierzu: EuGH, Urteil vom 03.09.2009 – C-489/07, zitiert nach juris). Der Senat folgt der Auffassung des Bundesgerichtshofs im Urteil vom 09.12.2009 (VIII ZR 219/08, zitiert nach juris), der festgestellt hat, dass eine inhaltlich entsprechende Klausel hinsichtlich der Verpflichtung zum Wertersatz einer Inhaltskontrolle nicht standhält. Die Verwendung der Formulierung, dass „ggf.“ Wertersatz zu leisten sei, führt zu keiner anderen Beurteilung.

Die Klausel, die die Kosten der Rücksendung betrifft, verstößt ebenfalls gegen § 4 Nr. 11 UWG, da es an einer vertraglichen Vereinbarung über die Kostenpflicht im Sinne des § 357 Abs. 2 S. 3 BGB fehlt. Die Belehrung über die Widerrufsfolgen stellt keine vertragliche Vereinbarung im Sinne dieser Vorschrift dar, sondern bezieht sich auf die gesetzlichen Folgen des Widerrufs. Die formale Einbeziehung der Widerrufsbelehrung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verfügungsbeklagten ändert an dieser Beurteilung nichts. § 312 c Abs. 2 BGB unterscheidet zwischen den Allgemeinen Geschäftsbedingungen und den in der Rechtsverordnung nach Artikel 240 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmten Informationen, zu denen auch die Belehrung über die Widerrufsfolgen gehört. Eine vertragliche Vereinbarung läge nur dann vor, wenn sich die Klausel außerhalb der Belehrung über die Widerrufsfolgen befände.

Die Verstöße führen zu einer spürbaren Beeinträchtigung der Interessen der Verbraucher und der sonstigen Marktteilnehmer im Sinne des § 3 UWG. Hiervon ist dann auszugehen, wenn eine unzutreffende Information die Verbraucher veranlassen kann, eine bestimmte geschäftliche Entscheidung zu treffen. Für das Merkmal der Spürbarkeit reicht es aus, dass die geschäftliche Handlung geeignet ist, eine Beeinträchtigung der Verbraucher tatsächlich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit herbeizuführen. Dazu bedarf es aber keiner Feststellungen möglicher Auswirkungen auf das reale Marktgeschehen. Die Feststellung, ob eine Auswirkung spürbar ist, lässt sich nicht quantitativ treffen, sondern erfordert eine Wertung anhand der Schutzzwecke des UWG (Herfermehl/Köhler/Bornkamm, UWG, 27. Aufl., Rnr. 122 zu § 3 UWG).

Nach diesem Maßstab liegen keine Bagatelverstöße vor. Im Rahmen des Internet-Handels wird ein großer Kreis potentieller Kunden angesprochen. Dies gilt unabhängig von der Größe des Unternehmens des Verfügungsbeklagten. Die inhaltlich unzutreffende Belehrung über die Wertersatzpflicht und die Kosten der Rücksendung sind geeignet, die Entscheidung der Verbraucher im Einzelfall zu beeinflussen, ob sie ihr Widerrufsrecht nach § 312 d BGB ausüben oder ob sie wegen einer möglichen Kostenbelastung hiervon absehen.